

Anwesend waren

vom Beirat Östliche Vorstadt

Kirsten Wiese
Rainer Stadtwald
Angelika Schlansky
Steffen Eilers
Alexia Sieling
Andreas Mackeben
Daniel de Olano
Angelina Sörgel
Peter Kadach
Birgit Menz
Herbert Lessing

vom Beirat Mitte

Michael Rüppel
Henrike Müller
Joachim Musch
Jürgen Schierholz
Jan Cassalette
Holger Ilgner
Monika Steinhauer
Jörg Windszus
Siegfried Wegner-Kärsten

vom Ortsamt

Robert Bücking
Andrea Freudenberg

- Vorsitz
- Protokoll

Gäste:

Dr. Heide Rose
Joachim Kuhlmann
Klaus Möhle
Mustafa Öztürk
Stephan Schlenker
Sandra Ahrens
Cindi Tuncel

Sen. für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen
Sozialzentrum Mitte/ Östliche Vorstadt
SPD-Bürgerschaftsfraktion
Bündnis 90/ Grüne – Bürgerschaftsfraktion
Bündnis 90/ Grüne – Bürgerschaftsfraktion
CDU- Bürgerschaftsfraktion
Die Linke – Bürgerschaftsfraktion

Vertreter und Vertreterinnen der Jugendeinrichtungen aus dem Bereich Mitte 7 Östliche Vorstadt sowie des Bündnisses „30% mehr Zukunft“.

Beginn: 19.00 Uhr

Ende: 21:30 Uhr

Thema:

Zukunft der Jugendarbeit – und das Geld

Unter dem Motto „30 Prozent für die Zukunft“ fordern die Jugendeinrichtungen mehr Geld für ihre Arbeit.

Robert Bücking eröffnet die Sitzung und stellt einleitend fest, dass die beiden Beiräte zu der Diskussion eingeladen haben, weil sie der Jugendarbeit eine Arena bieten wollen, das Thema öffentlich zu diskutieren und Argumente auszutauschen.

Stellvertretend für die freien Träger stellt Ulli Barde die Situation in den Einrichtungen dar. Die Träger betreiben die Einrichtungen, sorgen für eine Besprechungskultur zwischen allen Beteiligten und Nutzern. Sorgen für Kooperation mit anderen Partnern im Stadtteil, wie z.B. den Schulen. Politik und die Jugendlichen hätten hohe Erwartungen. Die vielfältigen Aufgaben der Jugendarbeit seien mit den augenblicklichen Budgets nicht zu bewältigen. Am Beispiel des Sportgartens stellt Uli Barde die Kostensteigerung dar: Die Kosten für Energie, Versicherung, Löhne und Verwaltung seien gestiegen. Zu Beginn habe der Sportgarten Betriebskosten in Höhe von € 20.000 gehabt, jetzt seien es bereits € 28.000! Die Löhne der Mitarbeiter seien von 2000 bis 2013 um 15 Prozent gestiegen. Die 30 Prozent seien erforderlich, um die Jugendarbeit kontinuierlich fortsetzen zu können.

Deshalb habe man sich zu dem Bündnis 30 % zusammengeschlossen, um so für die Jugendarbeit zu kämpfen.

Holger Lauster vom Jugendkulturzentrum „Die Friese“ ergänzt, dass es für die Einrichtungen wichtig sei, wenn sie verlässliche Aussagen zur Arbeit hätten. Zusätzliche Gelder müssten eingestellt werden. Interessant sei, zu erfahren, wie die Mittel für Jugendarbeit insgesamt verteilt würden und wie die hoch die einzelnen Anteile seien.

Mustafa Öztürk zeigt großes Verständnis, dass die Jugendlichen für ihre Ziele kämpfen. Er kenne die Sorge und Nöte der Jugendeinrichtungen.

Durch das Anpassungskonzept sei u.a. die Mittelvergabe transparenter und gerechter geworden. Aber Bremen sei ein Haushaltsnotlagenland und Kostensteigerungen seien in allen Bereichen wie Schulen, Kitas etc. zu verzeichnen.

Im Augenblick liefen die Gespräche wegen der Haushaltseckwerte und entscheidend sei, wohin die Gelder gehen würden. Danach müsse eine neue Bewertung zur Mittelvergabe erfolgen.

Cindi Tuncel stellt fest, dass das Wehrschloss vor geraumer Zeit schon schließen musste. Die Jugendträger hätten in den letzten Jahren viel einstecken müssen. Zumindest habe die Bürgerschaft auf das Bündnis 30% sofort reagiert und sei in der aktuellen Stunde auf das Thema eingegangen. Man müsse sich jetzt parteiübergreifend für den Bereich einsetzen und die Jugendträger unterstützen.

Sandra Ahrens bezieht sich auf das Anpassungskonzept. Die Verteilung der Gelder erfolge u.a. auch nach der Anzahl der Jugendlichen im Stadtteil. Grundsätzlich müsse das Anpassungskonzept neu „angepasst“ werden.

Hinzu käme noch, dass sogar staatlich betriebene Freizeitheime Mieten an die IB zu zahlen hätten. Diese linke-Tasche-rechte-Tasche Regelung sei niemandem zu vermitteln. Die Mittel für das Anpassungskonzept seien im Jahr 2008 um € 700.000 gestiegen. Aber eine weitere Erhöhung von 30 Prozent sei nicht machbar.

Klaus Möhle verweist ebenfalls auf fehlende Mittel in vielen Bereichen des öffentlichen Haushalts. Die Frage der Dimension sei angesagt und 30 Prozent mehr seien nicht machbar. Den Standard zu erhalten sei schon ein Erfolg. Er habe die Sorge, dass die Eckwerte für Soziales zu gering angesetzt werden.

Einige Träger machten nicht so gute Arbeit, wie er sich wünschen würde. Als Beispiel nennt er ein Freizeithaus außerhalb der Stadtteile Mitte und Östliche Vorstadt, das bei seinem Besuch fast leer gewesen sei. Er wolle eine gute Jugendarbeit und deshalb müsse jetzt die Qualitätsdiskussion geführt werden.

Dr. Stephan Schlenker äußert seine Hochachtung vor der Arbeit der Jugendträger. Die Diskussion um eine konstante, qualitativ hochwertige Arbeit müsse geführt werden.

Dr. Heide Rose nennt einige Zahlen im Bereich stadtteilbezogener Jugendarbeit. Im Jahr 2004 haben insgesamt € 6,290 Mio zur Verfügung gestanden und im Jahr 2013 seien es € 7,220 Mio. In dem Zeitraum habe es damit eine Steigerung von 15 % gegeben.

Über die Organisation der Jugendarbeit müsse nachgedacht werden. Das Anpassungskonzept, aus dem die Träger ihre Mittel beziehen, laufe im nächsten Jahr aus. Ein Anpassungsprozess sei erforderlich und man müsse sich grundsätzlich etwas Neues überlegen. Zurzeit werden durch den Senat die Eckdaten für den Haushalt festgelegt. Wenn diese Zahlen bekannt seien, müsse eine Aushandlung der zukünftigen Förderung erfolgen. Von einer Erhöhung um 30 Prozent gehe sie aber nicht aus, zumal es sogar Überlegungen gebe, für den Zuwendungsbereich eine Kürzung durchzusetzen.

Daniel de Olano spricht die Veränderungen in der Struktur an. Das Anpassungskonzept in seiner jetzigen Form sei nicht mehr zeitgemäß und damit gescheitert. Die Jugendeinrichtungen müssten sich um Fragen wie z.B. Gebäudeerhaltung kümmern, statt um ihre tatsächlichen Aufgaben. Er verbürge sich für die Arbeit der Träger in diesem Stadtteil. Es gebe aber derzeit keine weiteren Spielräume mehr für neue Angebote und Zielgruppen auf Stadtteil-ebene. Bezug nehmend auf eine Aussage der Senatorin Anja Stahmann müsse man darüber nachdenken, die stadtzentralen Jugendeinrichtungen aus der stadtteilbezogenen Förderung heraus zu nehmen und über eigene Haushaltstitel zu finanzieren.

Henrike Müller spricht das Problem der Finanzierung an. Die Beiratsfraktionen hätten lange diskutiert, um einen gemeinsamen Text für den heute vorliegenden Beschlussantrag zu finden. Der Text orientiere sich an dem Beschluss der Beiräte im Westen. Ihrer Meinung nach müsse die Diskussion zur Qualität der Jugendeinrichtungen geführt werden. Wo seien doppelte Aufgabenangebote, was könne besser laufen, wo gebe es Kooperationen mit dem Bildungsressort.

Birgit Menz und Jörg Windszus beziehen sich auf den Antrag ihrer beiden Beiratsfraktionen. Verlässliche Planung sei für die Jugendeinrichtungen / Träger angesagt.

Der Antrag lautet:

Die Linke. im Beirat Mitte und Östliche Vorstadt
„Finanzmittel des Anpassungskonzeptes zur Kinder- und Jugendförderung in den Stadtteilen (APK) erhöhen“

Jährlich wird deutlich, dass die finanziellen Zuwendungen für das Anpassungskonzept zur Kinder- und Jugendförderung in den Stadtteilen (APK) zu gering ausgefallen. So wurde z.B. seit 2010 die jährliche Inflationsrate nicht ausgeglichen. (2010-1,1%; 2011-2,3%; 2012-2,0% und 2013 sind 1,7% zu erwarten).

Fehlende finanzielle Ausstattung führt aber zu einer personellen Unterversorgung und damit zu größeren Problemen bei der Umsetzung allein der Kernaufgaben in den Kinder- und Jugendeinrichtungen.

Deshalb möge die Beiräte beschließen:

Die Beiräte Mitte und Östliche Vorstadt schließen sich der Feststellung der Versammlung der freien Träger der stadtteilbezogenen Kinder- und Jugendarbeit am 30. Januar 2013 an

und fordert von Senat

- **mindestens 30% mehr Geld für die Jugendarbeit in Bremen**
- **alle bestehenden Jugendeinrichtungen zu erhalten**
- **zusätzliche Bedarfe und Aufgaben zusätzlich zu finanzieren**

und die kontinuierlicher Fort- und Weiterbildung der Mitarbeiter-innen zu gewährleisten.

Die Beiräte Mitte und Östliche Vorstadt fordern eine langfristige, vorausschauende und verlässliche Kinder- und Jugendförderung.

In weiteren Beiträgen beziehen sich die Beiratsmitglieder auf den im Vorfeld erarbeiteten Antragstext. Ein Ausgleich für die gestiegenen Kosten der Jugendarbeit sei das Mindeste! Es müsse aber auch die Diskussion über die Perspektive der offenen Jugendarbeit geführt werden. Engagierte Jugendarbeit werde gebraucht und über Inhalte, Qualität, Ausstattung und Kooperationsmöglichkeiten müsse gesprochen werden.

Zur Antragsabstimmung in den beiden Beiräten:

Der Antrag der Fraktion Die Linke wird als der weitergehende Antrag zuerst abgestimmt:

Beirat Mitte:

Mit 4 nein-Stimmen, 2 ja-Stimmen und 3 Enthaltungen ist der Antrag abgelehnt.

Beirat Östliche Vorstadt:

Mit 5 nein-Stimmen, 2 ja-Stimmen und 4 Enthaltungen ist der Antrag abgelehnt.

Antrag der Fraktionen Die Grünen, SPD und CDU:

Der Text wird um die Punkte Erlass der Mieten in den Jugendfreizeitheimen, Einzellösungen in besonderen Situationen ergänzt und ein neuer Text als Überschrift gewählt.

Beirat Mitte:

Mit 5 ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen beschlossen.

Beirat Östliche Vorstadt:

Mit 7 ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen beschlossen.

Der Beschluss der beiden Beiräte lautet:

Ein Ausgleich für die gestiegenen Kosten der Jugendarbeit ist das Mindeste!

Aus der Zusammenarbeit der Beiräte und der Jugendeinrichtungen wissen die Beiratsmitglieder, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jugendeinrichtungen engagiert im Sinne der Jugendlichen in Mitte und der Östlichen Vorstadt arbeiten. Es ist nachvollziehbar, dass sie sich mehr finanzielle Unterstützung für ihre Arbeit wünschen, insbesondere im Hinblick auf die Planungssicherheit für die Einrichtungen. Die Beiräte teilen die Einschätzung, dass mit der letzten Aufstockung der Mittel für das Anpassungskonzept für 2010/2011 kein ausreichender Inflationsausgleich erfolgte und dies zu Lasten der pädagogischen Angebote der Träger der Jugendarbeit geht.

Die Beiräte Mitte und Östliche Vorstadt fordern daher die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen auf, mindestens die Mittel für den Ausgleich der allgemeinen Preissteigerungen und der Kostensteigerung für Personal- und Energiekosten der stadtteilbezogenen Jugendeinrichtungen in den Haushalt 2014/15 einzustellen, so dass diese nicht zu Lasten der pädagogischen Angebote gehen.

Zurzeit werden die Mieten für von der Jugendarbeit genutzte städtische Gebäude aus den Mitteln der Jugendarbeit finanziert. Das ist kaum zu vermitteln und teuer. Deshalb fordern die Beiräte zusammen mit den Bürgerschaftsabgeordneten hier eine Korrektur. (Erlass der Mieten oder Aufstockung des Etats um diesen Betrag)

Es gibt unverzichtbare Angebote in der Jugendarbeit, die mit der augenblicklichen Ausstattung des APK nicht mehr aufrecht zu erhalten sind. Hier fordern die Beiräte dringend Einzellösungen, wie sie von der Senatorin in der Bürgerschaftsdebatte angedeutet wurden.

Die Beiräte halten es für überfällig eine grundlegende Diskussion über die Zukunft der Jugendarbeit und die dafür erforderlichen Mittel in der Stadt zu führen.

Vorsitz : Robert Bücking

Sprecher Beirat Mitte: Michael Rüppel

stellvertretender Sprecher Beirat Östliche Vorstadt: Daniel de Olano

Protokoll: Andrea Freudenberg